

re Büroflächen und Verkaufsflächen, konnten nicht vermietet bzw. verkauft werden. Dies trifft auch für teure Eigentumswohnungen zu, die vielfach keine Käufer fanden. (SCMP, 24.2.99; XNA, 3.2.99) Vor dem Hintergrund der Probleme im Immobiliensektor findet der inzwischen in Bau befindliche Büroturm für das Shanghai World Financial Centre aufgrund seiner extremen Höhe bei ausländischen Analysten wenig Verständnis, sondern wird als weiteres Zeichen für eine Überinvestition im Immobiliensektor betrachtet. (SCMP, 8.2.99) -schü-

## 28 Statistische Daten sollen verlässlicher werden

Ende Februar kündigte das Staatliche Statistikamt an, daß neue Wege bei der Datenerhebung beschritten werden sollen, um die Verlässlichkeit der Statistiken zu erhöhen. Ziel sei es, die Bewertung der Statistiken zu verbessern, die Erfassung auszuweiten und die Verfahren bei der Berichterstattung zu vereinfachen.

Nach Angaben von Liu Hong, Direktor des Staatlichen Statistikamtes, besteht das derzeitige Problem bei der Verlässlichkeit von Daten, daß die Zentrale auf die Angaben der Lokalregierungen angewiesen ist, einige Lokalregierungen jedoch falsche Statistiken erstellt haben. Da die Daten auch eine Bewertung der jeweiligen Lokalregierungen ermöglichen, gebe es Beamte, die aus persönlichem Interesse oder aus den Interessen ihrer Abteilung heraus die Daten willkürlich veränderten.

Lin Xianyu, Chefstatistiker des Staatlichen Statistikamtes, weist darauf hin, daß unter dem Planungssystem die traditionelle Methode der Erhebung von Daten durchaus angemessen war, da früher alle Unternehmen staatlich waren und Produktion und Verkauf durch die Regierung bestimmt wurden. Heute seien jedoch viele kleine private Unternehmen entstanden, die nur unzureichend in der Statistik enthalten sind, während die lokalen Beamten die Statistiken ihrerseits nach wie vor beeinflussen könnten.

Aus diesen Gründen will das Statistikamt schrittweise zu einem Stichprobenverfahren übergehen. In den nächsten drei Jahren sollen in einem

Drittel aller Provinzen Unternehmensuntersuchungen durchgeführt werden. Ausgewählt werden Unternehmen, die jeweils einen jährlichen Umsatz von unter fünf Mio. Yuan aufweisen; auch kleine und private Unternehmen in den Bereichen Großhandel, Einzelhandel und Lebensmittel sollen eingeschlossen werden in die Untersuchung.

Weiterhin sollen 17.000 große Industrieunternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als fünf Mio. Yuan dazu aufgefordert werden, ihre monatlichen Ergebnisse dem Statistikamt bekanntzugeben. Zwischen 5.000 großen Unternehmen soll eine direkte Computerverbindung zum Statistikamt mit Beginn Juni 1998 aufgebaut werden. Diese 5.000 Unternehmen repräsentieren rd. 49% der gesamten Industrie. Im März d.J. soll die Liste der Unternehmen veröffentlicht werden, die in die Datenbank aufgenommen werden.

Das Staatliche Statistikamt hat außerdem detaillierte Pläne erarbeitet, um die nationalen und lokalen Statistikämter auf der Provinzebene bei einer Bewertung der Daten anzuleiten, die diese von den unteren Meldebene erhalten. Hierzu soll vor allem der Schwerpunkt auf die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts, der industriellen Wertschöpfung, auf den Einzelhandelsumsatz und das Bevölkerungswachstum gelegt werden. (XNA, 26.1.99)

Werden die neuen Ansätze des Statistikamtes in die Tat umgesetzt, dann ist eine Einflußnahme der Lokalregierungen auf die Daten nur noch sehr beschränkt möglich. Vor allem beim Anschluß der 5.000 Unternehmen an die Computer des Statistikamtes kann die Lokalregierung umgangen werden. Mit dieser Methode würde sich China auch den in westlichen Industrieländern üblichen Meldungen über Auftragseingänge als Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung annähern. (AWSJ, 19./20.2.99) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 29 Erhöhung der Staatsausgaben soll Wirtschaftswachstum stützen

Ende Februar gab die Hongkonger Regierung bekannt, daß sie auch im kommenden Fiskaljahr (1. April 1999/1. April 2000) ihre aktive Ausgabenpolitik fortsetzen und damit ein Defizit im Haushalt akzeptieren wird. Aufgrund der schwierigen Konjunkturlage sollen keine Steuern erhöht und auf Ausgabenkürzungen soll verzichtet werden.

Nach vorläufigen Angaben betrug das Defizit im noch laufenden Haushaltsjahr rd. 33,2 Mrd. HK\$; im kommenden Haushaltsjahr soll das Defizit auf 36,5 Mrd. HK\$ ansteigen dürfen. In Relation zum BIP stellt das Defizit weiterhin nur 2,8% dar. Aufgrund der in Hongkong bestehenden Haushaltsreserve wird dann unter Abzug des Defizits im kommenden Fiskaljahr noch ein stattlicher Betrag von 289 Mrd. HK\$ verbleiben.

Die wichtigsten Haushaltsposten stellen die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und die Sozialausgaben dar, die einen Anteil von 50% der Ausgaben ausmachen. Die Gesamtausgaben sind mit 299,5 Mrd. HK\$ angesetzt. Zu den Großprojekten, die von der Regierung mit dem Ziel der Konjunkturbelebung gefördert werden sollen, zählt der Bau eines Kommunikations- und Informationsdienstleistungszentrums (Cyberport), für das Investitionen in Höhe von 13 Mrd. HK\$ vorgesehen sind. Mit der Einrichtung eines Walt Disney Erlebnisparks in Hongkong erhofft sich die Regierung ebenfalls eine Stimulierung der Nachfrage.

Hongkongs Wirtschaftswachstum war 1998 um 5% gegenüber 1997 zurückgegangen; im 3. Quartal gab es sogar ein Minuswachstum von 7,1%. (AWSJ, 1.3.99; NZZ, 4.3.99) -schü-

### 30 Kürzungen im Sozialwesen

Aufgrund der Wirtschaftsrezession, aber auch aufgrund struktureller Ver-

änderungen beispielsweise der Altersstruktur und der Beschäftigung ist die Zahl derjenigen, die für ihren Lebensunterhalt staatliche Hilfe benötigen, in jüngster Zeit drastisch gestiegen. Die Hongkonger Regierung reagiert auf die steigenden Sozialausgaben mit Kürzungen. Dies ist deshalb möglich, weil es im bestehenden Sozialsystem keinen generellen gesetzlichen Anspruch z.B. auf Arbeitslosenhilfe oder Altersversorgung gibt, sondern staatliche Hilfe von Fall zu Fall auf Antrag und nur denjenigen gewährt wird, die sich selbst nicht helfen können und deren Familien dazu auch nicht in der Lage sind. Das wichtigste staatliche Unterstützungsprogramm ist die 1971 eingeführte Sozialhilfe, die unter der Bezeichnung „Comprehensive Social Security Assistance“ (CSSA) läuft. Sie wird den Ärmsten der Armen gewährt, wobei den größten Anteil alte Menschen einnehmen; doch auch Behinderte, Alleinerziehende, Arbeitslose und andere benachteiligte Menschen können Sozialhilfe erhalten. Zusätzlich können besondere Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

Von den jetzt geplanten Kürzungen sind besonders Alleinerziehende, Arbeitslose, Immigranten vom Festland und Alte betroffen. Beabsichtigt ist eine Reduzierung der Zahl der Sozialhilfeempfänger. Diese sollen dazu gebracht werden, sich selbst zu helfen, indem sie niedrig bezahlte Jobs annehmen, anstatt sich auf den Staat zu verlassen (SCMP, 4.1.99).

Anfang Januar 1999 war geplant, daß alleinerziehende Sozialhilfeempfänger erwerbstätig werden müßten, wenn die Kinder 12 Jahre alt sind. Sollten sie keine Arbeit finden, hätten sie unentgeltlich kommunale Arbeit leisten müssen. Auf den massiven Protest sowohl des Beirats für soziale Wohlfahrt (Social Welfare Advisory Committee) als auch der Öffentlichkeit hin mußte die Regierung diesen Plan aufgeben. Alleinerziehende mit Kindern hätten es schon schwer genug, sie dürften nicht zusätzlich belastet werden, hieß es (vgl. SCMP, 14., 16., 18.1.99; 25.2.99). Vorgesehen sind für diese Gruppe allerdings Kürzungen in der Sozialhilfe um zehn Prozent, die ab Juni wirksam werden sollen (SCMP, 25.2.99).

Die Zahl der Arbeitslosen lag Ende Januar bei 5,8 Prozent; es wird damit gerechnet, daß sie bis zum Sommer auf acht Prozent steigt. Mehr und mehr Firmen müssen ihr Personal reduzieren oder sogar schließen. Darüber hinaus verlieren viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz, weil die Arbeitgeber sie durch billigere Arbeitskräfte vom Festland ersetzen. Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung aber gibt es in Hongkong nicht. Bedürftige erhalten Sozialhilfe (CSSA). Durch die steigende Arbeitslosigkeit wird der Sozialetat zunehmend belastet. Deshalb hat die Regierung beschlossen, Arbeitslose, die Sozialhilfe erhalten, zu unentgeltlichem Arbeitseinsatz zu verpflichten. Der Arbeitseinsatz soll acht Stunden pro Woche betragen. Wer sich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit anzunehmen, verliert die staatliche Unterstützung. Das Programm ist zunächst für 2.000 Arbeitslose geplant, wird jedoch einmal bis zu 20.000 Arbeitslose umfassen. (SCMP, 20. u. 25.2.99)

Immigranten vom Festland haben großenteils keine richtige Ausbildung und sind daher häufig arbeitslos. Eigentlich sind sie erst nach einem Jahr Aufenthalt in Hongkong berechtigt, Sozialhilfe zu empfangen. Den Behörden ist jedoch Spielraum gegeben, so daß die meisten Bewerber nicht abgewiesen werden, da sie wirklich in Not sind. Betroffen sein sollen fast 3.800 Fälle, in denen Sozialhilfe gewährt wird, obwohl die Empfänger erst weniger als ein Jahr in Hongkong leben. In der Öffentlichkeit wird dies als Verschwendung öffentlicher Mittel und unberechtigte Hilfe kritisiert. Ohne Mietzuschüsse würden auf diese Weise monatlich mindestens zehn Millionen HK-Dollar ausgegeben, lautet der Vorwurf. Die Behörden rechtfertigen sich mit dem Argument, Hilfe würde nur in Einzelfällen und an wirklich Bedürftige gegeben. (SCMP, 4.1.99) In der Presse wird bereits vor Vorurteilen gegen die Immigranten gewarnt (SCMP, 25.2.99). Es steht zu befürchten, daß auch bei der Sozialhilfe für Einwanderer vom Festland Kürzungen vorgenommen werden.

Bei den Zuwendungen an die Alten soll ebenfalls gespart werden. In Hongkong gibt es keine generelle gesetzliche Altersversorgung. Für Teile der

Angestellten gibt es firmengebundene Altersversorgungsprogramme und für den öffentlichen Dienst Pensionsfonds. Bei allen übrigen alten Menschen, die keine berufliche Altersversorgung haben, fehlt jegliche Sicherheit. Hilfe zum Unterhalt bei Bedürftigkeit im Alter leistet zur Hauptsache immer noch die Familie. Vielfach sind bedürftige alte Menschen darauf angewiesen, niedrig bezahlte Gelegenheitsjobs anzunehmen, in denen sie im Durchschnitt auf einen Monatslohn von 5.000 bis 6.000 HK-Dollar kommen (das Durchschnittseinkommen in Hongkong beträgt 10.000 Dollar), wobei die Hälfte des Lohns für Miete gezahlt werden muß. Die Mehrzahl dieser alten Gelegenheitsarbeiter genießt keinen Arbeitsschutz und keine sonstigen Vergünstigungen wie Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Nur solche alten Menschen, die sich nicht selbst unterhalten können und keine eigene Altersvorsorge betrieben haben, die keine Kinder haben oder deren Kinder nicht in der Lage sind, die Eltern zu unterstützen, erhalten Sozialhilfe (CSSA). Diese ist jedoch äußerst niedrig und jetzt von weiteren Kürzungen bedroht. Deshalb versammelten sich zu Jahresbeginn Altengruppen zu Protestkundgebungen; sie forderten eine Erhöhung der Sozialhilfe für alleinstehende Alte von derzeit 2.550 auf 3.000 HK-Dollar sowie mehr Altenheimplätze und Unterstützung bei Facharztbesuchen. Vor allem aber forderten sie ein gesetzliches Rentensystem, das gemeinsam von der Regierung, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern finanziert wird. Noch ist über die Forderungen der Alten nicht entschieden, aber die Vorzeichen sehen nicht günstig aus. So hat die Regierung Vorschläge, bestimmte Wohlfahrtsleistungen für Alte, die ab einem Alter von 65 Jahren gewährt werden, auf die Altersgruppe der 60-65jährigen auszuweiten, erst einmal ad acta gelegt. Zu solchen Leistungen zählen Fahrpreisermäßigungen und Preisnachlässe in bestimmten Restaurants und Krankenhäusern. (Vgl. SCMP, 2.1., 23.2. u. 1.3.99)

In der Hongkonger Presse werden die geplanten Kürzungen im Sozialwesen durchweg kritisiert, weil sie die Schwächsten der Gesellschaft am härtesten trafen. Mit Kürzungen der So-

zialausgaben wird die Regierung das Problem zunehmender Arbeitslosigkeit und des Anstiegs der alten Bevölkerung nicht lösen können. Denn beide Probleme haben sich zwar durch die Asienkrise verschärft, ihre Ursache ist jedoch nicht in der gegenwärtigen Rezession zu sehen. Vielmehr sind die Probleme langfristiger, weil struktureller Natur. Die Zeiten der Vollbeschäftigung scheinen auch in Hongkong endgültig vorüber zu sein, und der Anteil der alten Bevölkerung wird aufgrund der höheren Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten weiter steigen. So wird die Regierung nicht umhinkönnen, eine grundlegende Umgestaltung ihres Sozialwesens vorzunehmen. Über kurz oder lang wird die Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und eines gesetzlichen Rentensystems unumgänglich sein. Dies freilich würde nicht nur weitreichende Folgen für das Steuersystem Hongkongs haben, sondern auch ein Ende der niedrigen Lohnkosten bedeuten. -st-

### 31 Gerichtsurteil über Aufenthaltsrecht von Kindern vom Festland

Eine seit über einem Jahr beim Berufungsgericht in Hongkong anhängige Klage im Interesse von Kindern vom Festland, deren Eltern in Hongkong leben und die vor dem 1. Juli 1997 illegal nach Hongkong gekommen sind, wurde jetzt zugunsten der Kinder entschieden. Der Status dieser Kinder - betroffen sind gut 1.500 Kinder - war bisher ungeklärt. Ende Januar 1999 hat das Gericht entschieden, daß die Kinder ein Bleiberecht bei ihren Eltern in Hongkong haben. Zugleich sprach das Gericht allen Kindern auf dem Festland, von denen mindestens ein Elternteil Hongkonger Bürger ist oder permanentes Aufenthaltsrecht in Hongkong hat, das Aufenthaltsrecht in Hongkong zu, und zwar unabhängig davon, ob es sich um eheliche oder uneheliche Kinder handelt. (SCMP, 30.1.99)

Dieses Urteil wird weitreichende Konsequenzen für die Zuwanderung vom Festland haben, denn es ist bekannt, daß eine Vielzahl von Hongkonger Männern jenseits der Grenze eine Ehefrau oder Freundin mit Kindern ha-

ben, so daß nun damit gerechnet werden muß, daß Zigtausende von Kindern aus Festlandchina permanentes Aufenthaltsrecht in Hongkong beanspruchen werden. Ursprünglich hatten die Hongkonger Behörden die Zahl der Kinder, denen Zuzugsrecht gewährt werden müsse, weil die Eltern in Hongkong leben, auf etwa 66.000 geschätzt (SCMP, 2.2.99). Inzwischen wird ihre Zahl auf bis zu 400.000 geschätzt, aber aufgrund der hohen Dunkelziffer unehelicher Kinder lassen sich genaue Angaben nicht machen (SCMP, 18.2.99). Für die Hongkonger Regierung bedeutet das Urteil, daß man jetzt mit den Behörden des Festlands in Verhandlungen treten muß, um eine vernünftige Lösung zu finden, die einen geordneten Zuzug gewährleistet. Zugleich stellt es die Hongkonger Behörden vor die immense Aufgabe, den Zuzug von Zigtausenden von Kindern zu bewältigen; insbesondere die Schulen sind gefordert und mit praktisch unlösbaren Problemen konfrontiert, aber auch im Gesundheits- und Wohnungswesen dürfte es zu Engpässen kommen.

Die rechtliche Lage der Kinder mit mindestens einem legal in Hongkong lebenden Elternteil sieht jetzt wie folgt aus: Kinder, die vor dem 1. Juli 1997 in Hongkong eingereist sind, können - auch wenn sie unehelich geboren wurden - in Hongkong bleiben, müssen allerdings den Nachweis erbringen, daß ein Elternteil permanentes Wohnrecht in Hongkong hat. Kinder, die nach diesem Datum eingereist sind, benötigen eine Berechtigungsbescheinigung für die Einwanderung nach Hongkong. Diese können sie nur von den Heimatbehörden erhalten, d.h. sie müssen vorübergehend aufs Festland zurückreisen. Auch alle anderen, die ein Anrecht auf ständigen Aufenthalt in Hongkong haben, zur Zeit aber noch auf dem Festland leben, müssen von den dortigen Behörden eine Bescheinigung erwerben, die sie zur Einreise nach Hongkong berechtigt. (SCMP, 30.1.99) Da diese Formalitäten weiterhin erforderlich sind, ist nicht mit einem plötzlichen Zustrom aller in Frage kommenden Kinder von Hongkonger Bürgern zu rechnen.

Während das Urteil die Gemüter der Hongkonger Bevölkerung erregt, wobei sich vielfach Vorbehalte gegen Ein-

wanderer bemerkbar machen, hat es von seiten der Oppositionsparteien sowie bei Juristen und Rechtswissenschaftlern ungeteilte Zustimmung gefunden. In diesen Kreisen wurde das Urteil als ein Sieg für die Autonomie Hongkongs und für die Menschenrechte in Hongkong begrüßt. Durch die Entscheidung habe das Gericht seine Unabhängigkeit bewiesen und sich gegen die strengeren Einwanderungsbestimmungen gewandt, die der Provisorische Legislativrat kurz nach dem Souveränitätswechsel erlassen hatte, hieß es. Damit habe das Gericht das Hongkonger Grundgesetz unabhängig, d.h. ohne Einschaltung des Nationalen Volkskongresses, ausgelegt und das Vertrauen in das Hongkonger Rechtssystem wieder gestärkt. -st-

---



---

## Macau

---



---

### 32 Letzte Neujahrsansprache des Gouverneurs

Der seit April 1991 amtierende Gouverneur von Macau, General Vasco Rocha Vieira, hielt seine letzte Ansprache zum Frühlingsfest. Die nächste wird Macaus erster chinesischer Regierungschef im Jahr 2000 halten. Vieira warnte, daß die „schwerwiegenden Probleme der öffentlichen Sicherheit“ zu einer Bedrohung der Autonomie Macaus werden könnten. Die Verbrechensprobleme würden von Triadengangs verursacht, die sich günstige Positionen in der Unterwelt verschaffen wollten. Ferner wies der Gouverneur darauf hin, daß sich die Enklave „von der internationalen Wirtschaftskrise geschaffenen Schwierigkeiten“ gegenübersehe. Er mahnte die Bewohner, es dem neuen Tierkreiszeichen nachzumachen, indem „wir unsere Werte verteidigen, ohne aggressiv sein zu müssen“. „Wie der Hase müssen wir besonnen und scharfsinnig bleiben.“ Die Übergabe Macaus an China um Mitternacht des 19. Dezember nach 442 Jahren unter portugiesischer Herrschaft nannte Vieira einen „feierlichen Augenblick“. (SCMP, 18.2.99) -ljk-